

Pressemitteilung

Deutsche Gesetzliche
Unfallversicherung

WWW.GESETZLICHE-UNFALLVERSICHERUNG.NET



04.06.2007

„Selbstverwaltung hält ihre Versprechen – nun ist die Politik dran“

Statement des Vorstandes der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung – DGUV am 4. Juni 2007 in Berlin:

Anlässlich der Vorstellung des neuen Spitzenverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand erklären der amtierende Vorsitzende der DGUV, Dr. Hans-Joachim Wolff, und sein Stellvertreter, Hans-Gerd von Lennepe:

„Für die Unfallversicherungsträger im öffentlichen und privaten Sektor hat am 1. Juni eine neue Zeit begonnen. Seit dem 1. Juni vertritt zum ersten Mal ein einheitlicher Verband, die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), die gemeinsamen Interessen der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand. Die Selbstverwaltung hat damit einen ersten Abschnitt ihres eigenen Konzepts erfolgreich abgeschlossen, mit dem sie die Unfallversicherung fit für die Zukunft machen will.

Der neue Verband erleichtert die Abstimmung zwischen gewerblichem und öffentlichem Sektor und sorgt damit für mehr Effizienz bei Prävention und Rehabilitation. Die Verschmelzung von HVBG und BUK ebnet den Weg für einen ganzheitlichen Präventionsansatz, der die Sicherheit und Gesundheit in der Kita, in der Schule, an der Universität, am Arbeitsplatz und im Ehrenamt gleichermaßen umfasst.

Die Entscheidung für einen gemeinsamen Spitzenverband zeigt auch: Die Selbstverwaltung hält ihre Versprechen. Wir haben die DGUV aus eigener Initiative auf den Weg gebracht. Auch bei den einzelnen Trägern sollen weitere Fusionen folgen. Arbeitgeber- und Versichertenvertreter erwarten nun von der Politik, dass sie diese Entscheidung respektiert und den Plan fallen lässt, den neuen Verband in eine Körperschaft öffentlichen Rechts umzuwandeln. Eine Körperschaft vergrößert den staatlichen Einfluss auf die Unfallversicherung, schafft mehr Bürokratie und eine Hierarchie, die die Selbstverwaltung der einzelnen Träger schwächt. Dem gegenüber steht die Rechtsform eines eingetragenen Vereins mit demokratischer Willensbildung, wie ihn die Selbstverwaltung bevorzugt. Das Arbeitsministerium muss nun mit der in Aussicht gestellten ‚Vorfahrt für die Selbstverwaltung‘ ernst machen. Es gibt für die Politik keinen vernünftigen Grund, den demokratisch legitimierten gemeinsamen Willen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Vertreter aus Bund, Ländern und Gemeinden zu übergehen.“

Bundesverband der Unfallkassen (BUK)

Fockensteinstr. 1
81539 München

Telefon 089 62272-0
Telefax 089 62272-111

E-Mail buk@unfallkassen.de
Internet www.unfallkassen.de

Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG)

Alte Heerstr. 111
53754 Sankt Augustin

Telefon 02241 231 01
Telefax 02241 231 1333

E-Mail info@hvbgbg.de
Internet www.hvbgbg.de